

Helmut Schmidt und die Wahrheit

SPD-Kanzler Schmidt muß sich fragen lassen, „ob sein Erkenntnisstand zur Bewältigung dieser Aufgaben ausreicht“ (Helmut Schmidt in der Regierungserklärung), nämlich für die Aufgaben zur Wiedergesundung unserer Wirtschaft, zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit und zur Sanierung der Staatsfinanzen. Was die Regierungserklärung gebracht hat, ist wiederum eine großangelegte Vernebelungsstrategie über die Ursachen der Wirtschafts- und Finanzkrise in der Bundesrepublik Deutschland.

Wachstum unserer Wirtschaft

H. Schmidt: „Wenn im Jahre 1975 unser Sozialprodukt nun zum erstenmal seit langer Zeit sinkt, so liegt das ausschließlich an der importierten Rezession“.

Die Wahrheit ist:

Mit dem Wachstum des realen Bruttosozialprodukts, unseres Wohstandes, geht es seit dem Zwischenhoch im 1. Halbjahr 1973 systematisch bergab:

1973	1. Halbjahr	+ 6,1 %
	2. Halbjahr	+ 4,5 %
1974	1. Halbjahr	+ 1,3 %
	2. Halbjahr	— 0,5 %
1975	1. Halbjahr	— 5 %

Zum Vergleich:

International hat die Bundesrepublik Deutschland in dem Zeitraum 1970 bis 1974 mit einer jährlichen durchschnittlichen realen Wachstumsrate von 3 % den vorletzten Platz bei vergleichbaren Industrieländern eingenommen. Japan, Frankreich und Kanada erreichten im selben Zeitraum die doppelte Wachstumsrate.

SPD-Kanzler Schmidt erklärt das Sinken des Bruttosozialprodukts ausschließlich aus der importierten Rezession. Auch hier irrt der „Internationalökonom“: Tat-

sache ist, daß die Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1973 einen Außenbeitragsüberschuß von 16 Mrd. DM erreichte. 1974 den Rekordüberschuß von 33,35 Mrd. DM. D. h. von einer importierten Rezession kann zur Erklärung des Sinkens des Sozialprodukts nicht gesprochen werden. Gerade die hohe Ausfuhr im Jahre 1974 verdeckte die schon bestehende inländische Rezession, die sich in dem enormen Anstieg der Arbeitslosigkeit niederschlägt.

Gab es im Jahre 1973 274 000 Arbeitslose und 44 000 Kurzarbeiter bei 572 000 offenen Stellen, so änderte sich dieses Bild in den folgenden Monaten schlagartig.

		Arbeitslose (in Tausend)	Kurzarbeiter (in Tausend)	offene Stellen (in Tausend)	Arbeitslosen- quote (in %)
1973	November	332	105	402	1,5
	Dezember	486	161	292	2,2
1974	Januar	621	268	308	2,7
	Februar	620	309	331	2,7
	März	562	256	349	2,5
	April	517	211	361	2,3
	Mai	457	223	367	2,0
	Juni	451	195	374	2,0
	Juli	491	141	353	2,2
	August	527	105	339	2,3
	September	557	265	298	2,4
	Oktober	672	370	248	3,0
	November	799	461	213	3,5
	Dezember	946	703	194	4,2
1975	Januar	1 154	901	221	5,0
	Februar	1 184	957	246	5,2
	März	1 114	813	261	4,9
	April	1 087	900	262	4,7
	Mai	1 018	922	264	4,4
	Juni	1 002	804	263	4,4
	Juli	1 035	649	255	4,5
	August	1 031	541	253	4,5

Fazit:

Die von SPD-Kanzler Schmidt in den Vordergrund gestellte „importierte Rezession“ kann das Sinken des Sozialprodukts und den Anstieg der Arbeitslosigkeit nicht erklären.

Kurz gesagt: Trotz hoher Ausfuhr Ende 1974 gab es schon rd. 1 Mill. Arbeitslose.

Die Exportlücke

H. Schmidt: „40 Mrd. DM Export — so die Schätzung des Sachverständigenrates; dies entspricht etwa 4 % des Sozialprodukts — werden in diesem Jahr wahrscheinlich fehlen.“

(Deutscher Bundestag, Stenografischer Bericht, 184. Sitzung vom 17. September 1975, Seite 12.886)

Die Wahrheit ist:

Dies ist die größte Unwahrheit in der Regierungserklärung des SPD-Kanzlers. Dem SPD-Kanzler haben vorgelegen:

1. Das Gutachten des Sachverständigenrates vom Herbst 1974
2. Das Sondergutachten des Sachverständigenrates vom August 1975
3. Der Monatsbericht der Deutschen Bundesbank vom September 1975
4. Die vorläufige volkswirtschaftliche Gesamtrechnung des Statistischen Bundesamtes

Materialien, die jedermann, dem SPD-Kanzler auch, zugänglich sind.

Beweis:

Der Sachverständigenrat hat in seinem Sondergutachten folgendes ausgeführt:

„Um mehr als 40 Mrd. DM wird die Ausfuhr der Bundesrepublik 1975 voraussichtlich hinter dem zurückbleiben, was im Herbst 1974 allgemein erwartet worden war.“ (Sondergutachten, August 1975, Ziff. 1)

Es ist festzuhalten:

- a) Der Sachverständigenrat macht eine Prognoserechnung
- b) Der Sachverständigenrat spricht von der „Ausfuhr“ in der Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, d. h. ohne unentgeltliche Lieferungen und Leistungen wie z. B. Überweisungen ins Ausland.

Helmut Schmidt macht daraus eine tatsächliche Rechnung und nimmt statt der Ausfuhr den „Export“ (den reinen Warenverkehr).

Da diese angebliche „40-Mrd.-DM-Exportlücke“ als alleiniger Entschuldigungsgrund für die Wirtschafts- und Finanzkrise dient, bedeutet das im einzelnen:

Im Gutachten der Sachverständigen vom Herbst 1974 wurde für die Ausfuhr im Jahr 1975 eine Zuwachsrate von + 13 % prognostiziert, d. h. ausgehend von einer Ist-Ausfuhr 1974 von 298,9 Mrd. DM, also rd. 337,7 Mrd. DM. Diese optimistische Prognose wurde im Sondergutachten korrigiert. Nunmehr wurde für das Jahr 1975 ein Rückgang von — 1 %, also rd. 296,0 Mrd. DM prognostiziert.

Die Differenz zwischen **Prognose alt** und **Prognose neu** beträgt 41,7 Mrd. DM. Der Sachverständigenrat hat richtig gerechnet, nur SPD-Kanzler Schmidt ist wie der Autoverkäufer im folgenden Beispiel verfahren: Jemand kommt zu einem Autoverkäufer und avisiert einen Autokauf in Höhe von 50 000 DM. Tags darauf korrigiert er sich, indem nunmehr ein Autoverkauf in der Preisklasse von 10 000,— DM in Aussicht gestellt wird. Daraufhin beklagt der Autoverkäufer lautstark den Verlust von 40 000,— DM. Irreales bewußt als Tatsächliches darzustellen, darin ist SPD-Kanzler Schmidt Meister. Die tatsächlichen Zahlen zeigen, daß SPD-Kanzler Schmidt eine 40-Mrd.-DM-Legende dem Deutschen Bundestag vorgetragen hat.

Zu den tatsächlichen Zahlen zurück:

Im 1. Halbjahr betrug die Ausfuhr 143,2 Mrd. DM, im

2. Halbjahr 1974 155,7 Mrd. DM (insgesamt 298,9 Mrd. DM).

Das 1. Halbjahr 1975 schloß mit einer Ausfuhr von rd. 143 Mrd. DM ab, d. h. im 1. Halbjahr 1975 eine gleich hohe Ausfuhr wie im Vorjahreszeitraum.

Das bedeutet:

- 1. Der Rückgang des Bruttosozialprodukts im 1. Halbjahr 1975 kann nicht auf die angeblich importierte Rezession zurückgeführt werden.**
- 2. Die Arbeitslosigkeit in der Größenordnung von 1 Mio. Arbeitslosen bestand schon bei einer Ausfuhr von 155,7 Mrd. DM (2. Halbjahr 1974) als auch bei einer Ausfuhr von 143 Mrd. DM (1. Halbjahr 1975).**

Auch für das 2. Halbjahr ist wenigstens das Niveau vom 1. Halbjahr zu halten, wie der jüngste Monatsbericht der Bundesbank ausführt. D. h. eine Ausfuhr für 1975 von rd. 286 Mrd. DM. Grob gerechnet ein Rückgang im Vergleich zu 1974 von rd. 13 Mrd. DM. Das Sondergutachten der Sachverständigen rechnet sogar nur mit einem Rückgang von 3 Mrd. DM. Von einem 40-Mrd.-DM-Loch kann nicht gesprochen werden. Die Differenz von 37 Mrd. DM bis 27 Mrd. DM zu erklären, blieb der SPD-Kanzler Schmidt dem Deutschen Bundestag schuldig.

Sollte Helmut Schmidt nicht die Ausfuhr in den Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung gemeint haben, sondern die Exporte im Außenhandel, so sieht die Rechnung genauso schlimm aus:

Für das Jahr 1974 ergaben sich Exporte von 230,5 Mrd. DM. Laut Bundesbankbericht ergibt sich für das 1. Halbjahr 1975 ein Exportvolumen von 108,4 Mrd. DM. Da die Exportchancen, wie die Deutsche Bundesbank ausführt, im 2. Halbjahr 1975 nicht schlechter werden, ergibt sich insgesamt für 1975 ein Exportvolumen von rd. 216,8 Mrd. DM. Im Vergleich zum Vorjahr ein Rückgang der Exporte von rd. 13 Mrd. DM.

Fazit:

Die „40-Mrd.-DM-Exportlücke“ von Helmut Schmidt ist das größte (quantitativ und qualitativ) Märchen, daß jemals im Deutschen Bundestag ausgesprochen wur-

de. Egal ob Ausfuhr oder Export zugrundegelegt wird, die 40-Mrd.-DM-Lücke ist nicht auffindbar. Die „importierte Rezession“ ist im Bereich der Legende angesiedelt, nicht im Bereich der Tatsachen.

Die Inlandsnachfrage

H. Schmidt: „Die Inlandsnachfrage bei der Industrie — das ist das, was wir beeinflussen können — lag in den ersten sieben Monaten dieses Jahres real, d. h. nach Abzug von Preissteigerungen, und saisonbereinigt um 4 % höher als in den sieben Monaten unmittelbar davor, also als in den letzten sieben Monaten des Jahres 1974.“

Die Wahrheit ist:

Auch hier hat sich der SPD-Kanzler verrechnet. Berechnungen ergeben, daß die Inlandsnachfrage bei der Industrie für den von Schmidt angeführten Vergleichszeitraum nominal eine Steigerung von + 8,8 % verzeichnet. D. h. real und saisonbereinigt höchstens das Niveau von den letzten 7 Monaten des Jahres 1974 erreicht hat. Werden die ersten 7 Monate des Jahres 1975 mit dem gleichen Zeitraum 1974 verglichen, was SPD-Kanzler Schmidt unterläßt, so ergibt sich real und saisonbereinigt ein erheblicher Rückgang.

Kurz gesagt: Die Konjunkturprogramme, laut Regierung von 30 Mrd. DM, zeigen bis jetzt kaum Wirkung, weil sie falsch angelegt sind.

H. Schmidt: „In der Investitionsgüterindustrie — das ist der Hauptwirkungsbereich der Investitionszulage — stieg in dem gleichen Vergleichszeitraum der reale Auftragseingang aus dem Inland um 17 %.“

Die Wahrheit ist:

Offen bleibt, ob Schmidt die ersten 7 Monate 1974 oder die letzten 7 Monate 1974 bei diesem Vergleich meint. Im ersten Fall ist nur eine geringe Steigerung zu verzeichnen. Im zweiten Fall eine von rd. 12 %. Das Niveau der Investitionen, das die Einkommen und Beschäftigung für die Zukunft sichern, wird nicht erreicht. Gerade in der mangelnden Investitionstätigkeit liegt einer der Hauptursachen für die Wirtschafts- und Finanzkrise der Bundesrepublik Deutschland. Die realen Anlageinvestitionen entwickelten sich seit 1970 rückläufig. Für den Zeitraum 1970 bis 1974 ergibt sich bei den Investitionen eine „Zuwachsrate“ von 0 %. Damit befindet sich die Bundesrepublik auf dem letzten Platz vergleichbarer Industrieländer. Nimmt man das Jahr 1975 noch hinzu, rutscht die Bundesrepublik noch weiter in den Keller. Investitionen sichern aber das Einkommen und die Beschäftigung und das Wachstum von morgen. Diese notwendigen Investitionen fehlen. Es ergibt sich, dank SPD/FDP-Koalition, schon heute ein Investitionsloch

von 100 Mrd. DM. D. h. es wurden auf 375 Mrd. DM Sozialprodukt „verzichtet“, d. h. pro Arbeitnehmer 17 000 DM.

Exportausfall

H. Schmidt: „Die Bundesregierung weiß, daß es binnenwirtschaftlich kein Mittel gibt, einen unvorhergesehenen Exportausfall in dieser Größenordnung von 40 Mrd. DM voll durch zusätzliche Binnennachfrage zu kompensieren, schon überhaupt nicht kurzfristig“.

Die Wahrheit ist:

Wiederum führt der SPD-Kanzler Schmidt die Exportlücke von 40 Mrd. DM an. Wie gezeigt bewegt sich der Exportausfall höchstens in der Größenordnung von 3 bis 13 Mrd. DM. Diesem Ausfall stehen, wie der SPD-Kanzler Schmidt stolz anführt, gegenüber:

Insgesamt mobilisieren die öffentlichen Hände damit seit Jahresfrist — also einschließlich der im Herbst vorigen Jahres beschlossenen Konjunkturprogramme und der Investitionszulage und den Entlastungswirkungen der Steuer- und Kindergeldreform — damit rund 30 Milliarden DM Nachfrage“.

Diese Programme haben bisher weder den Anstieg der Arbeitslosigkeit noch den Rückgang des Wachstums verhindert. Ein weiteres Indiz, daß die Richtung nicht stimmt.

Masseneinkommen

H. Schmidt: „Inzwischen ist 1975 das Masseneinkommen — d. h. netto- und preisbereinigt also real — in unserem Lande um 4 % gestiegen. Das schließt ein Löhne, Gehälter und die Rentner, die Arbeitslosen und die Kurzarbeiter.“

Die Wahrheit ist:

Diesmal hat der SPD-Kanzler richtig in die Statistik geschaut. Trotzdem verbirgt sich hinter dieser Entwicklung etwas, was den Sozialdemokraten nicht schmecken kann. Die Entwicklung bei der arbeitenden Bevölkerung im Bereich der Wirtschaft: Die Bruttolöhne und -gehälter stiegen im 1. Quartal um + 5,1 %, im 2. Quartal um + 3,2 %. Zieht man hiervon allein die Preissteigerungsrate von 6 % ab, so hat die arbeitende Bevölkerung im Wirtschaftsbereich eine reale Einbuße erlitten. Sie stehen schlechter da als im Jahr davor. Das verschweigt SPD-Kanzler Schmidt der arbeitenden Bevölkerung. Selbst im Jahr 1967 war die Situation besser.

Mittelfristige Finanzplanung

H. Schmidt: „Was den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung angeht, steht von 1976 bis 1978 Einsparungen, wie wir sie in dem Artikelgesetz und in der Haushaltsplanung in Höhe von insgesamt 54 Mrd. DM vorsehen, der Ertrag einer Steuererhöhung von insgesamt 18 Mrd. DM gegenüber.“

Die Wahrheit ist:

Gegenüberstellung der echten Haushaltskürzungen zu den Einnahmeverbesserungen nach den Beschlüssen der Bundesregierung vom 10. September 1975

Ausgaben	1976	1977	1978	1979
Kürzungen gegenüber altem Finanzplan (fiktive Rechnung)	5,1	6,6	11,4	—
Maßnahmen zur Verbesserung der Haushaltsstruktur davon:	7,9	12,2	11,5	12,6
Beitragserhöhung zur Arbeitslosenversicherung	— 3,8	— 4,6	— 4,8	— 5,0
Nichtgesetzliche Maßnahmen	— 1,9	— 3,6	— 1,9	— 2,0
Summe: Eingriff durch gesetzliche Maßnahmen	2,2	4,0	4,8	5,6
Einnahmen	1976	1977	1978	1979
Steuererhöhungen	—	8,2	10,0	10,9
Beiträge zur Arbeitslosenversicherung	3,8	4,6	4,8	5,0
Summe: Steuer- und Abgabenerhöhungen sonstige Einnahmenverbesserungen	3,8 0,46	12,8 0,62	14,8 0,69	15,9 0,79
Insgesamte Einnahmenverbesserungen	4,26	13,42	15,49	16,69

Fazit:

Verhältnis echte Ausgabenkürzungen zu Steuer- und Abgabenerhöhung 1 zu 3, d. h. auf 1 DM Ausgabenkürzungen fallen 3 DM Steuern.

Weiterhin unterstellt die Finanzplanung für die kommenden Jahre ein reales Wachstum von 5 %, dies zu erreichen verlangt eine Steigerung der privaten und öffentlichen Investitionen jeweils von rd. 8 %.

1. Die Investitionsquote bei der öffentlichen Hand nimmt laut Finanzplanung ab, statt zu.
2. Die privaten Investitionen können mangels fehlender Erträge nicht so stark steigen.
3. Die Finanzierungsdefizite des Bundes von 1975: 40 Mrd. DM und 1976: 39 Mrd. DM schaden dem Kapitalmarkt und nehmen die Finanzierungsmittel für die private Wirtschaft weg. Das geringe Zinsniveau der Bundesrepublik Deutschland läßt Geld ins Ausland wandern. Eine weitere Verengung des Kapitalmarkts. Die Verschlechterung der realen Einkommensposition der Bevölkerung führt zu verminderter Spartätigkeit. Eine weitere Verengung des Finanzierungsspielraums.

Fazit:

Das Wachstum von real 5 % und nominal 9,5 % ist bei der unterstellten Inflationsrate nicht zu erreichen. Die Finanzplanung als Illusion.

Zur Wiedergesundung unserer Wirtschaft, zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit und zur Sanierung der Staatsfinanzen wird ein Gesamtprogramm benötigt, wie es die Union vorgelegt hat, nicht ein Flickwerk à la SPD/FDP, das gerade mit Täuschungen und Irreführungen bis zum Wahltermin Oktober 1976 reicht.